

Thüringer Handwerkstag e.V.
PF 100539

99005 Erfurt

Juri-Gagarin Ring 37
99084 Erfurt

☎ (0361) 228440

M (0361) 2284427

Bankverbindung: Sparkasse Erfurt
BLZ 82054222; Kto.-Nr. 36651058

Email: lv-thueringen@spd.de

<http://www.spd-thueringen.de>

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

04.05.2004

Beantwortung der Wahlprüfsteine; Ihr Anschreiben vom 24.März 2004

Sehr geehrter Herr Dr. Artymiak,

herzlichen Dank für Ihr Interesse an den Positionen der Thüringer SPD. Ich nutze diese Gelegenheit gern, Ihnen unsere Standpunkte darzulegen und auf Ihre Fragen zu antworten.

Gestatten Sie, dass ich dennoch meinen Ausführungen einen Auszug aus dem Regierungsprogramm der SPD Thüringen für die Landtagswahlen 2004 voranstelle:

„... Wir haben ein klares Ziel vor Augen:

ein modernes, wirtschaftlich starkes und sozial ausgewogenes Thüringen, das selbstbewusst zu seinen Traditionen steht. Ein Land, in dem die Menschen überall wieder gute Perspektiven haben – sowohl in den Städten wie auch im ländlichen Raum. Ein Thüringen, dem die Menschen nicht mehr den Rücken kehren müssen, weil Arbeit und Ausbildung fehlen.

Die Realität der vergangenen Jahre sieht leider anders aus:

- Ein Schuldenstand von über 13 Milliarden Euro nimmt Thüringen die Freiräume für Zukunftsinvestitionen.
- Das fehlende Wachstum kostet uns jeden Tag Arbeits- und Ausbildungsplätze.
- Eine konzeptionslose Wirtschaftspolitik lässt die wenigen Großinvestoren an Thüringen vorbei ziehen.
- Touristen bleiben weg, weil Thüringen schlecht vermarktet wird.

- Tausende Unterrichtsstunden fallen aus wegen fehlender Fachlehrer. Gleichzeitig wurden tausende Lehrer in die Teilzeitarbeit gezwungen.
- Thüringer Städte und Gemeinden stehen vor dem finanziellen Aus. Dennoch werden von der CDU immer mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen – ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.
- Eingriffe führender CDU-Politiker in Gerichtsverfahren, rechtswidrige Videoüberwachungen und diverse Skandale im Verfassungsschutz haben das Ansehen Thüringens bundesweit beschädigt und das Vertrauen der Thüringer Bürger in den Rechtsstaat belastet.

Das muss anders werden! Fünf Jahre CDU-Alleinregierung in Thüringen – wir sind keinen Schritt weiter. Im Wettbewerb der Bundesländer, auch der im Osten, sind wir zurückgefallen, weil politischer Gestaltungswille fehlt. Stattdessen beschränkt sich diese Landesregierung auf Schuldzuweisungen an den Bund. Die Aufgabe einer Landesregierung muss es aber sein, Probleme im eigenen Land zu erkennen und zu lösen.

Es ist höchste Zeit für einen neuen Aufbruch. Denn: **Thüringen ist stärker!**

Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Wir orientieren uns an den Realitäten. Wir verändern das, was notwendig ist. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen:

- die Wirtschaft durch Wachstum zu stärken, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze zu verbessern.
- die Bildung in Thüringen so zu verbessern, dass unsere Kinder wieder länger gemeinsam lernen, bevor sie sich für die weiterführenden Schulen entscheiden; die Thüringer Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu den leistungsfähigsten Deutschlands zu entwickeln.
- mit einer modernen Familienpolitik jungen Menschen Zukunft in Thüringen zu eröffnen, den Zusammenhalt der Generationen zu stärken und die tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen durchzusetzen.
- den Städten und Dörfern wieder Freiraum zu geben, denn lebendige Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft.
- die Innen- und Sicherheitspolitik wieder zu einer tragenden Säule des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat zu machen.
- mehr Teilhabe bei staatlichen Entscheidungen und mehr Transparenz in staatlichen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Mehr direkte Demokratie, ohne unser parlamentarisches System in Frage zu stellen.
- die Verwaltung zu modernisieren und Bürokratie abzubauen. Eine Neuorientierung staatlichen Handelns soll die Strukturen bürgernah und effizient gestalten.

Deutschland braucht Reformen, um im internationalen Wettbewerb nicht abgehängt zu werden. Das ist schwer. Und mancher Einschnitt tut weh, gerade uns als

Sozialdemokraten. Doch wer sich Veränderungen verschließt, wird auch das Wichtige nicht erhalten können.

Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir Thüringen voran bringen – unter Berücksichtigung ostdeutscher Besonderheiten. Denn nach wie vor brauchen wir mehr Investitionen in die Infrastruktur: in Straßen und Schienenwege, in Schulen und Hochschulen. Wir unterstützen Investitionen der Wirtschaft und fördern den Arbeitsmarkt.

Die zu erwartende EU-Erweiterung birgt auch für Thüringen mehr Chancen als Risiken. Es gilt, die früher vorhandenen Märkte in Osteuropa wieder zu beleben und damit die Marktchancen unserer Unternehmen zu stärken. Dafür wollen wir bessere Voraussetzungen schaffen.

Thüringens Sozialdemokraten haben die Kraft, alle diese Veränderungen wirksam umzusetzen. Nur wir sind in der Lage, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg miteinander zu verknüpfen.

Zusammen mit den Menschen im Land bringen wir Thüringen voran. Gemeinsam wissen wir: **Thüringen ist stärker!** (...)

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Wahlprüfsteine der Handwerkskammer Erfurt wie folgt:

1. Die Unterstützung des Handwerks auf Bundesebene, insbesondere im gesetzgeberischen Bereich, ist dringend notwendig.

1a) *Welche Maßnahmen zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast werden ergriffen?*

1b) *Welche steuerlichen Anreize zur Belebung der Nachfrage handwerklicher Dienstleistungen sollen geschaffen werden?*

1c) *Wie werden Sicherungsrechte effektiver gestaltet?*

Zu 1 a)

Wir wollen ein Land, das verantwortungsvoll mit dem Steuergeld seiner Bürger umgeht. Die Finanzpolitik Thüringens muss endlich wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Sie darf den Handlungsspielraum nachfolgender Generationen nicht weiter einschränken.

Die SPD Thüringen wird sich in Regierungsverantwortung für eine höchstmögliche Förderung der Region innerhalb der Europäischen Union stark machen. Thüringen braucht auch nach dem Ende der dritten EU-Förderperiode im Jahre 2006 eine gesicherte Anschlussförderung.

Innerhalb Deutschland sichert der Solidarpakt II die finanzielle Leistungsfähigkeit der neuen Länder. Dafür hat auch die Thüringer SPD gekämpft. Wir werden nicht zulassen, dass die Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefährdet wird.

Die Bundesregierung hat mit der größten Steuerreform in der Geschichte Deutschlands wesentliche Eckpunkte zur Verbesserung der steuerlichen Situation kleiner und mittelständischer Betriebe auch des Handwerks geschaffen. Die

Gesamtentlastung beträgt für das Jahr 2004 rund 15 Mrd. Euro. Mit der „Agenda 2010“ hat die Bundesregierung zugleich die notwendigen Schritte eingeleitet, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer steuerlich zu entlasten und sie vor weiteren Abgabenerhöhungen zu schützen. Diese Schritte gilt es auf Landesebene zu unterstützen, um zu einer wirksamen Entlastung der Steuerzahler beizutragen.

Zu 1 b)

Die Nachfrage nach handwerklichen Leistungen lässt sich nur dann stimulieren, wenn die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte, der Wirtschaft und der privaten Haushalte nachhaltig verbessert wird. Insoweit wirken EU-Förderung, Förderung im Rahmen des Solidarpaktes II und Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Private bereits positiv im Sinne der von Bundesregierung und SPD Thüringen angestrebten Besserungen.

Notwendig ist es jedoch nach wie vor, durch eine gezielte Ansiedlungspolitik die Arbeits- und Einkommenssituation dergestalt zu verbessern, dass an das Handwerk die entsprechenden Aufträge auch wirklich ausgelöst werden können. Hier gilt es, andere Wege als die bisher von der CDU-Landesregierung ins Auge gefassten zu gehen. Wir stecken nicht mehr in den Aufbaujahren. In Thüringen hat sich ein beachtlicher Bestand an Unternehmen und Betrieben etabliert. Diese Firmen wollen wir zum Motor des künftigen Wachstums machen. Priorität besitzt für uns insofern die Bestandspflege als ein Aspekt erfolgreicher Wirtschaftsförderung im Sinne der Schaffung von konstanten Angebots- und Nachfragekonstellationen.

Zu 1 c)

Die Bundesregierung hat mit ihren Regelungen zur Verbesserung der Zahlungsmoral die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Sicherungsrechte auch für das Thüringer Handwerk effektiver gestaltet werden konnten.

Kennzeichnend für die Mehrzahl der Thüringer Unternehmen sind jedoch eine unverändert schwache Eigenkapitaldecke und Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital. Gleichzeitig kämpfen viele Betriebe – darunter in der Mehrzahl Handwerksbetriebe – mit Liquiditätsproblemen. Hier gilt es, den Betrieben alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten, die sich nicht allein an Eigenkapitalausstattung und Rating-Kriterien orientieren.

In Abstimmung mit der neuen KfW-Mittelstandsbank des Bundes und der Thüringer Aufbaubank wollen wir die existierenden Förderprogramme optimieren und die zur Verfügung stehenden Mittel verstärken und möglichst kurzfristig an die Betriebe ausreichen. Für Investitionen (auch zur Unterstützung des betrieblichen Wachstums), für Umstrukturierungsmaßnahmen und für betriebliche Innovationen werden wir geeignete Finanzierungsinstrumente schaffen.

2. Die direkte und indirekte Förderung des Handwerks zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation, zur Erhöhung der Investitionstätigkeit sowie zur

Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist auf hohem Niveau fortzuführen.

- 2a) *Welche Finanzierungsmöglichkeiten sollen dem Handwerk zur Verfügung gestellt werden?*
- 2b) *Welche Instrumente zum Erhalt unserer Betriebe stehen im Mittelpunkt der Förderpolitik?*

Zu 2 a)

Was diesen aufgeworfenen Fragenkomplex betrifft, verweise ich zunächst auf die Beantwortung der Frage 1 c). Unter erfolgreicher Wirtschaftsförderung verstehen wir eine Politik, die stärker als bisher den bestehenden Unternehmen hilft, sich am Markt zu behaupten und zu expandieren. Darlehen und Landesbeteiligungen werden für uns dabei bevorzugte Finanzierungsformen sein. Mit ihnen helfen wir auch dem Thüringer Handwerk, seine Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Sofern Betriebe nicht in ausreichendem Maße Sicherheiten stellen können, muss für sie die Möglichkeit bestehen, Kreditausfallbürgschaften zu beantragen. Die bestehenden Bürgschaftsprogramme der Thüringer Aufbaubank werden wir in dieser Hinsicht fortführen und ergänzen.

Was das von der Landesregierung aufgelegte Programm „Thüringen Kapital“ betrifft, entspricht dies zwar einer von der SPD-Landtagsfraktion seit mehr als sieben Jahren erhobenen Forderung, kann allerdings mit Blick auf Mittelausstattung und Kostenbelastung nicht überzeugen. So liegt bei einer Gesamtbetrachtung aller Kosten der effektive Jahreszins bei bis zu 14 Prozent! Hier ist es für entscheidend, zügig nach der Wahl Modifizierungen vorzunehmen und die richtigen Akzente zu setzen.

Zu 2 b)

Insgesamt gilt es, für kleine und mittlere Unternehmen Verbesserungen bei der Unternehmensfinanzierung einzuführen. Durch geeignete Modalitäten muss vor allem die Eigenkapitalbasis gestärkt werden. Zudem soll eine bessere Positionierung der Unternehmen im Ranking-Verfahren nach „Basel II“ erreicht werden, um somit die Beschaffung von Fremdkapital einfacher und kostengünstiger zu gestalten.

Auf diese Art und Weise werden wir auch den Bestandsschutz der Unternehmen im Rahmen des EU-Beihilferechts verbessern. Wir werden so genannte One-Stop-Offices einrichten, die den Unternehmen die formlose Beantragung von Fördermitteln ermöglichen und diese bei der Antragstellung begleiten. Zudem fungieren sie als Lotsendienst bei Antragstellung und Verwaltungsabläufen in den Behörden. Die One-Stop-Offices soll auch ständigen Kontakt zu Unternehmen durch monatlich erscheinende Briefe bieten, Informationen weitergeben und Koordinationsstelle für Unternehmen in Schwierigkeiten sein, um drohende Insolvenzen im Vorfeld abzuwenden.

3. Die qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung im Handwerk ist nachhaltig zu sichern.

- 3a) *Wie soll die Schulausbildung als Grundlage der Berufsausbildung verbessert werden?*
- 3b) *Welche Maßnahmen zur Sicherung des dualen Bildungssystems sind vorgesehen?*
- 3c) *Wie kann die überbetriebliche Lehrunterweisung gesichert werden?*

Zu 3 a)

Mehr denn je entscheiden heute Bildung und Wissen über Lebensperspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsmöglichkeiten. Deshalb werden wir die Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit machen.

Internationale Kompetenzvergleiche wie PISA haben es gezeigt: Es steht nicht gerade zum Besten mit dem deutschen Schulsystem. Das muss sich ändern – gerade auch in Thüringen. Dieser Aufgabe werden wir uns stellen. Unser Ziel ist es, das Kompetenzniveau der Thüringer Schüler weiter zu verbessern. Schüler mit besonderen Begabungen brauchen Förderung genau wie solche mit Schwächen. Wir werden Schüler daher früher und individueller fördern als bisher.

Keine Schulform, kein Bildungsgang kann heute auf die Hinführung zur Arbeitswelt verzichten. Wir werden daher für eine engere Verbindung von Schule und Wirtschaft sorgen. Dazu gehört für uns etwa die fächerübergreifende und altersgerechte Vermittlung arbeitswelt- und wirtschaftsbezogener Unterrichtsinhalte in allen Schularten, aber auch im Zusammenwirken mit der Wirtschaft gestalteter, praxisnaher Projektunterricht. Zudem ist es unser Ziel, die Berufsorientierung, Berufswahlvorbereitung und Berufsberatung an den Schulen in Kooperation mit der Wirtschaft deutlich zu verbessern. Allen Schülern der Klassenstufen 7 bis 10 werden wir lernzielorientierte Betriebspraktika ermöglichen, ebenso sollen sich alle Thüringer Lehrer regelmäßig Unternehmenspraxis aneignen können. Eine besondere Position in dem von uns beabsichtigten „Netzwerk Schule – Wirtschaft“ nehmen naturgemäß die berufsbildenden Schulen ein. Wir werden ihr fachliches Know-how besser als bisher nutzen und sie zu regionalen Zentren für Ausbildung, Fort- und Weiterbildung entwickeln.

Zu 3 b)

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Landespolitik primär für ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Berufsschulangebot und für Ausbildungsseignung während der Schulzeit zu sorgen hat. Hier ist durch die Vernachlässigung der jetzigen Landesregierung ein erheblicher Handlungsbedarf, auf den wir uns konzentrieren werden. Wir wollen das duale System der Berufsausbildung auch in Zukunft erhalten. Wir werden deshalb Bedingungen schaffen, die vorhandene Ausbildungsplatzhemmnisse abbauen und gleichzeitig die Flexibilität der

Berufsausbildung weiter erhöhen. Insoweit begrüßen wir die geplante Novelle des Berufsbildungsgesetzes durch die Bundesregierung.

Ein bedarfsgerechtes betriebliches Ausbildungsangebot zu gewährleisten, ist hingegen zunächst und vor allen Dingen die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen. Dabei werden wir insbesondere Klein- und Mittelunternehmen durch die Förderung von Ausbildungsverbänden und durch Beratungs- und Qualifizierungsangebote unterstützen. Ziel wird es sein, deren Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbereitschaft zu steigern und zu erhalten.

Im Falle der Berufsausbildung benachteiligter junger Menschen werden wir ergänzende Unterstützung in Abstimmung mit den Kammern und der Agentur für Arbeit leisten. Weiterhin werden wir der beruflichen Orientierung junger Menschen vor Beginn einer Ausbildung und der Verbesserung der Ausbildungseignung während der Schulzeit eine besondere Bedeutung beimessen und für entsprechende zusätzliche Unterstützungsangebote der Jugendlichen und ihrer Eltern sorgen. In diesem Zusammenhang werden wir die Verknüpfung von Schule und betrieblicher Praxis während der Schulzeit ausbauen.

Zu 3 c)

Was diesen aufgeworfenen Fragenkomplex betrifft, verweise ich zunächst auf die Beantwortung der Frage 3b). Allerdings ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die Gewährleistung sämtlicher Ausbildungsinhalte im Zusammenhang mit der originär betrieblichen Ausbildung innerhalb der dualen Ausbildung Angelegenheit der Unternehmen ist. Dennoch sind wir im zuvor beschriebenen Umfang und den genannten Zielsetzungen zur Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen bereit. Dazu zählt auch eine bedarfsgerechte Förderung der überbetrieblichen Lehrunterweisung.

4. Das Handwerk lehnt eine Ausbildungsplatzabgabe konsequent ab.

Welcher Standpunkt wird dazu eingenommen?

Thüringen kann es sich nicht erlauben, einen Teil seiner Talente einfach liegen zu lassen. Dies gilt in besonderem Maße für junge Menschen. Ihnen gehen sonst die Perspektive und der Halt in der Gesellschaft verloren. Aber auch wirtschaftliche Gründe zwingen zum Umdenken in der Landespolitik. In absehbarer Zeit droht Thüringen ohne breite Anstrengungen ein Fachkräftemangel.

Als Thüringer SPD wollen wir in Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass jeder ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche ein Angebot – möglichst in der betrieblichen Ausbildung - bekommt. Hier setzen wir auf das freiwillige Engagement und die soziale Verantwortung der Unternehmen. Insoweit verstehen Bundesregierung und Thüringer SPD eine Ausbildungsplatzabgabe lediglich als letztes Mittel, sofern die Wirtschaft nicht bereit ist, ein ausreichendes Angebot qualifizierter Ausbildungsplätze bereit zu stellen.

Damit haben die Unternehmen es selbst in der Hand, durch bedarfsgerechte Angebote, durch tarifvertragliche oder andere verbindliche Regelungen die Anwendung eines entsprechenden Gesetzes zu vermeiden. Sollte die Ausbildungsplatzabgabe wirklich unumgänglich werden, wollen wir die Finanzmittel zur Sicherung und Schaffung von Ausbildungsplätzen vorrangig bei ausbildungswilligen und uneingeschränkt dazu geeigneten Betrieben verwenden. Die außerbetriebliche Ausbildung hingegen wird für uns Nachrang haben und nur in enger Abstimmung mit Betrieben organisiert werden.

5. Schwarzarbeit muss unterbunden und verfolgt werden.

Welche Maßnahmen im Kampf gegen illegale Beschäftigung und unerlaubte Handwerksausübung sind vorgesehen?

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird Korruption, Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit energisch bekämpfen. Es ist klarzustellen, dass es sich in all diesen Fällen nicht um Kavaliersdelikte, sondern um Straftaten handelt. Wir werden die Polizei und die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entsprechend ausstatten und auch die Kontrollsysteme der Landesverwaltung personell und materiell stärken und bündeln.

Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung, wonach insbesondere Schwarzarbeit auf Baustellen massiv geahndet wird, ist ein erster Schritt bei der Klarstellung, dass auch Schwarzarbeit als Straftat die Existenz einwandfrei arbeitender Unternehmen gefährdet und das Volkseinkommen erheblich schädigt. So entstandene Ausfälle müssen letztendlich durch die Allgemeinheit ausgeglichen und gegenfinanziert werden. Insofern werden diese Maßnahmen der Bundesregierung von uns unterstützt.

6. Die begonnenen Deregulierungs- und Entbürokratisierungsmaßnahmen des Landes sind konsequent fortzusetzen.

Welche Schwerpunkte sowie Umsetzungstermine sind geplant?

Thüringen braucht wieder mehr wirtschaftliche Dynamik. Deswegen wollen wir Bürger und Unternehmen von Bürokratie entlasten. Wir setzen uns das klare Ziel, den Dschungel aus Vorschriften und Richtlinien, der unser Land überwuchert hat, zu lichten.

Hier ist mehr gefragt, als nur Kosmetik. Allein die Verwaltungsvorschriften zu reduzieren, bringt für Bürger und Unternehmen gar nichts. Wir werden stattdessen alle Gesetze, Rechtsverordnungen und Richtlinien des Landes unmittelbar nach der Wahl daraufhin überprüfen, ob sie sinnvoll sind. An erster Stelle stehen dabei die Richtlinien der Wirtschaftsförderung, liegt Thüringen doch im Bundesvergleich bei der Anzahl von Richtlinien und Verordnungen zur Wirtschaftsförderung weit über dem Durchschnitt.

Die Zahl der zur Zeit existierenden Bearbeitungsinstanzen für Belange der Wirtschaftsförderung werden wir radikal reduzieren. Wir werden die Wirtschaftsförderung und Investorenwerbung in Thüringen künftig so organisieren,

dass Interessierte von einer Anlaufstelle – dem One-Stop-Office – alle Unterstützung erhalten. Insoweit verweisen wir auch auf unsere Antwort zu Frage 2 b).

7. Eine mittelstandsfreundliche Vergabepolitik ist für das Handwerk äußerst wichtig.

Wie soll die konsequente Anwendung der Thüringer Vergabe-Mittelstandsrichtlinie, insbesondere auf kommunaler Ebene, gewährleistet werden.

Wir werden Vergabestellen und Kontrollsysteme der Landesverwaltung personell und materiell stärken und bündeln. Wir werden ein zentrales Korruptionsregister aufbauen und Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließen, die bestechen, Subventionsbetrug begehen, Kartellabsprachen vornehmen oder Schwarzarbeiter beschäftigen. Darüber hinaus werden wir ein Thüringer Vergabegesetz auf den Weg bringen. Öffentliche Aufträge im Hochbau und im Dienstleistungsbereich werden zukünftig nur an solche Unternehmen gehen, die tarifvertraglich gebunden sind.

8. Städte und Gemeinden sind wichtige Auftraggeber für das Handwerk.

Mit welchen Modellen können Städte und Gemeinden finanziell besser ausgestattet werden?

Eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere kommunale Finanzausstattung ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Land. Insofern kommen alle Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen letztendlich auch den Kommunen zugute.

Die Kommunen dürfen darüber hinaus nicht weiter mit staatlichen Ausgaben überlastet werden. Ihre Finanzkraft muss stabilisiert werden. Aufgrund der geringen eigenen Einnahmen ist die Ausgestaltung des Finanzausgleichs für die Thüringer Kommunen von besonderer Bedeutung. Nur über den kommunalen Finanzausgleich nach objektiven und transparenten Kriterien kann eine finanzielle Mindestausstattung zur Wahrnehmung eigener Aufgaben sichergestellt werden. Außerdem machen wir uns dafür stark, die bestehenden Belastungen gerecht und gleichmäßig zwischen Land und Kommunen zu verteilen und über das Thüringer Finanzausgleichsgesetz abzudecken.

Die SPD hat sich auf Bundesebene zudem für eine Gemeindefinanzreform stark gemacht. Das entsprechende Gesetz des Bundestages wurde von der Thüringer SPD unterstützt. Leider wurde dieses Gesetz von der CDU-Mehrheit im Bundesrat abgelehnt. Es konnte lediglich Einigkeit über ein Sofort-Programm für die Kommunen erzielt werden, welches aber nicht das ursprünglich geplante finanzielle Entlastungsvolumen erreichen wird.

Aus Sicht der Thüringer SPD muss es weitere Schritte zur finanziellen Entlastung bzw. Verstärkung der Einnahmen der Kommunen geben. Zudem sollen die Mittel,

die der Bund dem Land als Ausgleich für die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zukommen lässt, komplett an die Kommunen durchgereicht werden.

9. Die Förderung des ersten Arbeitsmarktes hat unverändert Priorität vor der Förderung des zweiten Arbeitsmarktes.

Welche Förderschwerpunkte werden hierzu zukünftig gesetzt?

Als Landesregierung wird die Thüringer SPD Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik verbinden. Wir werden die Politik wieder an den Bedürfnissen der Menschen und den Notwendigkeiten in den einzelnen Regionen orientieren.

Wir bekennen uns zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen in Thüringen zurück zu verlässlichen Förderinstrumenten. Die Partner unserer Arbeitsmarktpolitik sollen von Anfang an wissen, worauf sie setzen können. Die Verlagerung der Prioritäten vom zweiten Arbeitsmarkt hin zum ersten wird von der Thüringer SPD mitgetragen. Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt müssen so abgestimmt sein, dass sie im ersten Arbeitsmarkt unterstützend wirken. Der zweite Arbeitsmarkt darf aber nicht völlig außer Acht gelassen werden. Im Gegenteil: Eine deutliche Senkung des Familieneinkommens bei Arbeitslosigkeit führt zu merklich zurückhaltendem Konsumverhalten und wirkt sich insoweit auch nachteilig auf das Handwerk aus.

Ein weiterer Grundsatz ist es für uns, eine Förderung aus einem Guss zu entwerfen. Wir wollen auch bei der Arbeitsmarktpolitik weg vom Wirrwarr sich häufig widersprechender Förderprogramme des Landes, des Arbeitsamtes und der Kommunen. Unsere Grundsätze einer modernen Arbeitsmarktpolitik verlangen nach einer Neuorganisation von Förderung, Planung und Koordination der Landespolitik. Wir wollen die Gestaltungsverantwortung für Arbeitsmarktmaßnahmen langfristig in den Regionen ansiedeln, denn dort, wo die Probleme entstehen, muss auch nach ihren Lösungen gesucht werden.

10. Umweltpolitik muss wirtschaftsverträglich sein.

Wie kann die Belastung der Unternehmen, die durch die Öko-Steuer entsteht, deutlich gesenkt werden?

Wir setzen uns für eine Umweltpolitik ein, die die Notwendigkeiten des Umweltschutzes mit den Erfordernissen einer modernen, arbeitsteiligen Volkswirtschaft in Einklang bringt. Was den konkret aufgeworfenen Fragenkomplex der Ökologischen Steuerreform betrifft, sind wir der Ansicht, dass diese dazu beigetragen hat, den Energieverbrauch zu senken und Energie rationeller einzusetzen. Aus zahlreichen Untersuchungen geht hervor, dass die Ökosteuer durch zeitgleiche Stabilisierung und Senkung der Lohnnebenkosten-Niveaus zu keiner Mehrbelastung bei kleinen und mittleren Unternehmen – also der traditionellen Handwerkerschaft – geführt hat.

11. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft.

Welchen Verkehrsprojekten wird in Thüringen besondere Priorität eingeräumt?

Thüringen braucht kräftige Lebensadern. Für uns Sozialdemokraten behält die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur Priorität. Das heißt, wir werden uns für einen zügigen Bau und einen weiteren Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen einsetzen. Gleiches gilt für Thüringens Schienennetz. Die neue ICE-Trasse durch Thüringen (Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig) wird gebaut.

Insgesamt haben wir erreicht, dass Thüringen im neuen Bundesverkehrswegeplan so gut berücksichtigt wird, wie kein anderes Land. Bis 2015 wurden in den Entwurf der Bundesregierung 127 Projekte aus Thüringen, sämtliche Autobahnen, einschließlich des bislang nicht finanzierten Teils der A 71 zwischen Sömmerda und Sangerhausen, sowie 93 Ortsumgehungen und Zubringer in den vordringlichen Bedarf aufgenommen. Auch im Schienenbereich wurden die wesentlichsten Forderungen des Landes erfüllt. Die Länderquote konnte nochmals von 7,4 auf 8,5 Prozent erhöht werden. Wir unterstützen den zügigen Ausbau aller Verkehrs-Trassen, die gemeldet wurden. Sie sind Grundvoraussetzung zur Entwicklung einer sich tragenden, modernen Wirtschaftsstruktur.

Die Ausgaben im Landesstraßenbau wurden durch die Landesregierung deutlich zurückgefahren, was für 2003 und 2004 bedeutet, dass – und dies wurde durch die Landesregierung bestätigt – eine Vielzahl von Straßen, Brückenbaumaßnahmen etc. im Landesstrassenbereich nicht finanziert werden. Dies geht zu Lasten der Bauwirtschaft und der dort Beschäftigten. Allein 70 Mio. Euro sind jährlich notwendig, um die Substanz der Thüringer Landesstraßen zu erhalten. Auch hier liegen die Haushaltsansätze – entgegen anders lautenden Anträgen der SPD – deutlich darunter. Wir werden das Engagement des Landes beim Landesstraßenbau deutlich verbessern, damit in Thüringen ein modernes Landesstraßennetz entsteht. Ferner werden wir die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan nachdrücklich einfordern. Wir werden uns dafür einsetzen, das Nebenstreckennetz im Schienenverkehr zu erhalten, es zu qualifizieren, um somit eine qualitative Alternative zum Individualverkehr herzustellen. Verkehrspolitik ist für uns aktive Wirtschaftspolitik.

12. Die EU-Osterweiterung bietet für das Handwerk Risiken und Chancen.

Wie soll das Handwerk in diesem Prozess wirkungsvoll unterstützt werden?

Thüringen liegt auf der Landkarte mitten in Europa. Wir wissen aber auch, dass Europa längst mitten in Thüringen Einzug hält. Vieles bewegt sich bei uns für Europa, aber sehr viel auch durch Europa. Unser Land hat in den vergangenen Jahren von der europäischen Solidarität im Rahmen der Strukturförderung profitiert. Mit EU-Mitteln sind unter anderem Betriebe angesiedelt, Berufsschulen saniert, Dörfer erneuert sowie Weiterbildungen und Umschulungen finanziert worden. Wir sind überzeugt, dass von all diesen Maßnahmen auch das Handwerk profitiert hat.

Die Aufnahme unserer osteuropäischen Nachbarstaaten zum 1. Mai 2004 ist für uns ein Garant für Wachstum und Stabilität innerhalb der Europäischen Union. Der Euro und der wachsende Wirtschaftsraum haben sich nach unserer Einschätzung bewährt. Wir wollen unseren Unternehmen helfen, sich noch stärker an Europa auszurichten. Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir dabei in Osteuropa.

Thüringen muss noch stärker als bisher ein innovativer Standort unseres erweiterten europäischen Wirtschaftsraumes werden. Das wird unser Ziel für die nächsten Jahre sein.

Was die Unterstützung des Handwerks betrifft, verweisen wir auf die von uns beabsichtigte Schaffung der One-Stop-Offices, die eine kompetente und umfassende Betreuung gerade des Mittelstands sicherstellen werden. Insoweit verweise ich auch auf unsere Antworten zu den Fragen 2b) und 6.

Ich hoffe, Ihnen mit dem vorliegenden Schreiben ausreichend Auskunft zu Ihren Fragen gegeben zu haben. Falls Sie weitere Anliegen haben, bitte ich Sie, sich an mich zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schulze
Landesgeschäftsführer